

«Wir brauchen ein neues nationales Projekt»

Robert Unteregger, Geschäftsführer der Stiftung Zukunftsrat, über ungemachte Hausaufgaben

INTERVIEW: CHRISTOF WAMISTER

baz: Die Stiftung Zukunftsrat feiert ihr zehnjähriges Bestehen, doch um die Idee scheint es ruhiger geworden zu sein. Bei der Beratung der neuen Basler Verfassung wurde ein Zukunftsrat verworfen. Welche Erfolge können Sie als Gegenbeweis anführen?



ROBERT UNTEREGGER: Das ist vielleicht eine Basler Wahrnehmung. Aber in der Tat ist es in Basel nicht gelungen. Dafür gibt es seit 2004 in der neuen Waadtländer

Verfassung einen entsprechenden Passus, in dem festgehalten wird, dass sich der Staat für die Gestaltung der Zukunft auf ein prospektives Organ stützen muss. Eine entsprechende Einrichtung wurde bis jetzt allerdings nicht geschaffen, aber sie wird zurzeit ernsthaft vorbereitet. Der Kanton Graubünden kennt eine Strategiekommission, die Leitziele für die nächste Legislaturperiode 2009 bis 2012 entwickelt. Diese werden vom Parlament in Kraft gesetzt und die Regierung muss ihre Planungsarbeit danach ausrichten. Das entspricht unseren Vorstellungen, weil hier eine Gruppe gezielt längerfristige Zielsetzungen über das Tagesgeschehen hinaus erarbeitet und diese mit einer gewissen Verbindlichkeit von der Regierung einzulösen sind.

Scheitert die Idee eines Zukunftsrates nicht daran, dass man nicht noch weitere Institutionen will, welche den Ablauf noch mehr komplizieren?

Wir leben in einer komplizierten Gesellschaft und die Hoffnung, sie nur mit einfachen Mitteln steuern zu können, ist verfehlt. Wir sind eine Gesellschaft, die Langzeitfolgen in gewaltigem Ausmass produziert. Nehmen Sie als Beispiel einige Zahlen: Wenn sich die Anzahl der Autos innerhalb von fünfzig Jahren verzweifach, wenn der ganze Energiehaushalt von Kohle, Wasser und Holz kurzfristig auf Erdöl, AKW und Wasser umgestellt wird, sind das gewaltige Veränderungen. Die Frage

stellt sich, ob wir mit Veränderungen dieser Grössenordnung halbwegs vernünftig vorausschauend umgehen können oder nicht. Dafür fehlen uns die institutionellen Voraussetzungen.

Viele, insbesondere die Politiker, führen das Wort Zukunft doch dauernd im Munde...

Es ist illusorisch zu meinen, diese Aufgaben könnten wir in einer Freitagabendrunde lösen. In einem Zukunftsrat könnte man diese Dinge in Ruhe verhandeln und die Überlegungen frühzeitig in die Meinungs- und Entscheidungsbildung einbringen. Das wird in den nächsten vierzig bis fünfzig Jahren brandaktuell bleiben.

Hinter der Idee des Zukunftsrates steckt doch grundsätzlich ökologisches Denken. Und das hat in letzter Zeit wieder Konjunktur. Den Grünen prophezeit man bei den bevorstehenden Wahlen einen Erfolg. Können Sie davon profitieren?

Ökologische Ideen sind langfristig und damit auch für die Zukunftsrate sicher zentral, aber es sind nicht die einzigen. Unsere Stiftung stellt sich auf den Standpunkt, dass Zukunftsrate für alle Themen mit einem langfristigen Charakter nötig sind.

«Der Begriff Nachhaltigkeit wurde bis zur Inhaltlosigkeit überdehnt. Wir sind präziser.»

Aber mit der Klimadiskussion werden eine ganze Reihe von Zusammenhängen öffentlich verhandelbar. Damit wird auch die Funktion von Zukunftsräten besser verständlich und zusehends mehrheitsfähig werden.

Staatliche Instanzen planen doch schon in den Siebzigerjahren die Zukunft. Man denke an die vielen Szenarien und Gesamtverkehrs- und Energiekonzepte, die alle gescheitert sind.

Wenn sich der Energieverbrauch der Gesellschaft innerhalb von fünfzig Jahren verachtfacht, ist das eine ge-

waltige Veränderung, die sich nicht einfach mit einem Papierplan steuern lässt. Da braucht es kompetente Leute, die sich ständig damit befassen.

Wie definieren Sie Ihr Verhältnis zum viel strapazierten Begriff der Nachhaltigkeit?

In der Tat ein weiter Begriff. Wir haben in den letzten zehn Jahren so etwas wie eine Methodik entwickelt, mit der sich für verschiedene Bereiche Zukunftsperspektiven entwickeln lassen. Und da wird es auch präzise. Der Begriff Nachhaltigkeit wurde dagegen bis zur Inhaltlosigkeit überdehnt.

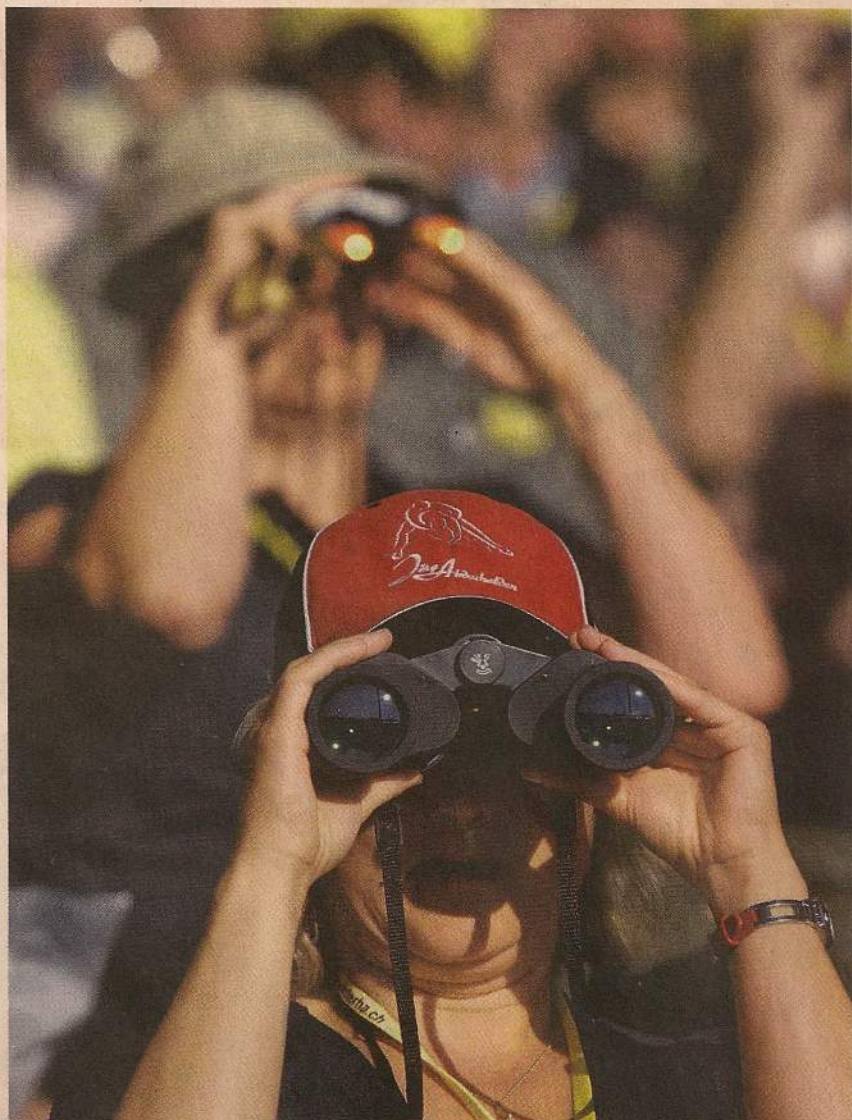
Können Sie Ihre Methode an einem Beispiel erläutern?

Wenn wir zum Beispiel eine zukunftsfähige Energiepolitik wollen, lautet die erste Frage: Was liegt längerfristig noch drin? Erneuerbare Energien, Reduktion der nicht erneuerbaren, einzelne Teilprojekte wie die bessere Isolation der Häuser? Da kann ein ganzes Spektrum von Möglichkeiten auf den Tisch gelegt werden, um in einer nächsten Frage den ersten Schritt zu bestimmen.

Mein Lieblingsbeispiel: So wie man im letzten Jahrhundert den Nationalstrassenbau als nationales Projekt lanciert hat, könnte man heute die bessere Isolierung der neuen und der bestehenden Bauten als nationales Projekt starten. Doch das Kernproblem lautet: Wie werden solche langfristigen Ideen wirksam, ohne dass sie im Vierjahresrhythmus der Politik zerrieben werden?

Müsste man in Ihrem Sinne für alle neuen Projekte eine Zukunftsverträglichkeitsprüfung durchführen?

Das hat zwei Seiten. Es wäre sicher gut, bestehende Strategien in dieser Hinsicht zu überprüfen. Aber es fehlt dabei das Gestalterische, das Kreative bei einer solchen Prüfung. Unsere Gesellschaft ist eigentlich so angelegt, dass sich viel gestalten lässt. Wir möchten mit der Einrichtung von Zukunftsräten erreichen, dass dieses gestalterische Potenzial ausgeschöpft wird.



Langfristig. Zukunftsräte wollen die Zukunft permanent im Auge behalten. Foto Key

Gegen das kurzfristige Denken

ZWISCHENBILANZ. In den letzten Wochen drehte sich alles um die Frage: Wer hat in den nächsten vier Jahren das Sagen? Welche Partei erhält mehr Einfluss? Den Verfechtern von Zukunftsräten ist diese Art von Politik zu kurzfristig. Sie drehen der Politik aber nicht den Rücken zu, sondern versuchen auf die Institutionen Einfluss zu nehmen. 1996 wurde dem für die Revision der Bundesverfassung zuständigen Bundesrat Arnold Koller der Vorschlag eingereicht, als dritte Kammer einen Zukunftsrat zu schaffen. Er hätte in die Kompetenzen von National- und Ständerat eingreifen können. Eine andere Variante lautete, den Ständerat in einen Zukunftsrat umzuwandeln. Beide Ideen wurden als utopisch verworfen. 1997 wurde die Stiftung Zukunftsrat gegründet. Sie feiert heute in Thun ihr zehnjähriges Bestehen – nicht mit einem Festakt, sondern mit einer Arbeitstagung. In den vergangenen zehn Jahren hat die Stiftung versucht, den Gedanken des Zukunftsrates in kantonalen Verfassungen, die

sich in Totalrevision befanden, unterzubringen – mit geringem Erfolg (vgl. Interview). Resigniert hat man deswegen nicht. Die Stiftung setzt auf viele kleine Ansätze und Bewegungen, welche den Gedanken weiterverfolgen – von Finnland bis Burgdorf. Domiziliert ist sie in Cudrefin am Neuenburgersee, wo zusammen mit der Pfadibewegung und dem Jugendsolarprojekt Projektwochen für Schüler und junge Leute abgehalten werden.

WELTZUKUNFTSRAT. Bemerkenswert ist der internationale Kontext. Seit dem Jahr 2000 gibt es den Weltzukunftsrat, begründet von Jakob von Uexküll, dem Stifter des alternativen Nobelpreises. Die Bewegung basiert zum einen auf der Agenda 21 der Konferenz von Rio 1992 und kritisiert zum anderen einen nur auf Profitmaximierung ausgerichteten Weltkapitalismus. Sie geht aber nicht so weit wie die sozialistisch inspirierte Antiglobalisierungsbewegung von der Art der Attac. wa